



16.03.2016

Erste Integrationskonferenz erarbeitet zahlreiche Verbesserungsvorschläge für die Sprachvermittlung

Mit einem Bündel an Vorschlägen für künftige Maßnahmen ist am (heutigen) Mittwoch die erste Integrationskonferenz des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ in Hannover zu Ende gegangen. Unter der Überschrift „Werkstatt Sprache“ waren im Hannover Congress Centrum rund 500 Akteure aus den unterschiedlichsten Bereichen von Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik zusammengekommen, um sich über die praktischen Herausforderungen bei der Sprachvermittlung geflüchteter Menschen auseinanderzusetzen und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

Hauptdiskussionspunkte der Konferenz waren eine bislang unzulängliche Abstimmung von Bildungsketten, der Wunsch, stärker auf lokaler Ebene zu koordinieren, der verstärkte Einsatz von Online-Lernen sowie das Problem der Knappheit an geeigneten Lehrkräften. Die Konferenzteilnehmer haben sich für eine verstärkte Verzahnung auf lokaler Ebene ausgesprochen. Das Land hat sich diesen Diskussionspunkten bereits im Vorfeld angenommen und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Um den „Angebotsdschungel“ im Bereich Sprachförderung zu lichten,

- soll eine abgestimmte Bildungskette zu entwickelt werden. Vorschlag des Landes ist es, hierfür die Sicherstellung von Basissprachkursen in allen Kommunen zu gewährleisten. Bestandteil dieser Kurse ist die Feststellung des bisherigen individuellen Bildungsstandes, um danach individuelle Beratung anbieten zu können. Bis Ende dieses Jahres sollen hiermit 33.000 geflüchtete Frauen und Männer erreicht werden. Der Bund muss seiner gesamtstaatlichen Verantwortung für die Integration der Flüchtlinge auch im Bereich der Sprachförderung besser gerecht werden, damit im Bereich der Basissprachkurse ein bedarfsgerechtes Angebot gestaltet werden kann.
- Für höherqualifizierte Flüchtlinge werden flächendeckend Sprachkurse angeboten, um diese beim Hochschulzugang zu unterstützen. Bis Ende 2016 können etwa 1.000 Flüchtlinge diese Kurse besuchen

Um den Mangel an qualifizierten Lehrkräften für den Sprachunterricht zu mildern,

- erhalten bis Ende dieses Jahres 1500 Lehramtsstudierende eine Basisqualifikation für „Deutsch als Zweitsprache“, damit sie im Sprachförderunterricht der Schulen und in Einrichtungen der Erwachsenenbildung eingesetzt werden können.
- Zudem werden bis Ende dieses Jahres 2900 ehrenamtlich engagierte Frauen und Männer zu Sprachbegleiterinnen und Sprachbegleitern fortgebildet, um auch den Bereich der ehrenamtlichen Sprachförderung qualitätsgesichert zu unterstützen. Außerdem wird ehrenamtlichen Lehrkräften praxiserprobtes Unterrichtsmaterial kostenlos zugänglich gemacht.
- Damit auch zukünftig ausreichend qualifizierte hauptberufliche Lehrkräfte zur Verfügung stehen, setzt sich das Bündnis für eine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen ein.
- Das Land unternimmt weitere Anstrengungen bei der Personalgewinnung, indem der Bewerberkreis für befristete Einstellungen im Bereich „Spracherwerb“ in Schulen erweitert sowie das Einstellungsverfahren für Lehrerinnen und Lehrer im Ruhestand vereinfacht und beschleunigt wird.

Um den Bereich Online-Lernen sinnvoll ausbauen zu können,

- wird das Land bis zum Herbst dieses Jahres ein Orientierungs- und Sprachlernportal einrichten. Für alle Sprachniveaustufen sollen dort angepasste Angebote und Hinweise gegeben werden – von Präsenzkursen bis zur Lern-App.
- Außerdem wird es Online-Sprachlernangebote zur Flankierung von Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere im ländlichen Raum geben.
- Zudem hat das Land vor, bis spätestens zum Ende des Jahres 2016 in allen seinen großen Aufnahmeeinrichtungen WLAN vorzuhalten.

Um geflüchtete Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter gut zu fördern und in den Unterricht integrieren zu können,

- will das Land die regionale Koordinierung durch geeignete Ansprechpartner verstärken. Diese sollen Schulträger und Schulleitungen bei der Verteilung und Zuweisung der Schülerinnen und Schüler auf die Schulen unterstützen.
- Besondere Sprachfördermaßnahmen soll es außerdem für Flüchtlinge im Alter zwischen 16 und 19 Jahren geben, die aufgrund ihrer Vorbildung und ihres Potenzials in der Lage sind, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen.

Das Land erweitert darüber hinaus das schon bestehende und erfolgreiche Projekt SPRINT (Sprach- und Integrationsprojekt) für diejenigen geflüchteten Mädchen und Jungen, die eine duale Berufsausbildung anstreben.

Niedersächsische Staatskanzlei Planckstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6946 Fax: (0511) 120-6833	www.stk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@stk.niedersachsen.de
--	---	---